

Die Gewerkschaft

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33

Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.



Klimesch

Pfingstgedanken 1927



Wenn wir den Geist der Zeit recht erfassen wollen, so bedarf es dazu einiger besinnlicher Stunden. Kaum ein Fest ist wohl so dazu angetan, die Menschen hoffnungsfreudig und zukunftsroh zu stimmen, als das Pfingstfest mit seinem Blütenregen. Freilich, in diesem Jahr ist der Wettergott uns nicht besonders hold in Mitteleuropa. Nur stundenweise bricht die Sonne durch das finstere Regengewölk und rauh und kalt war der Mai. Aber alle Menschenkinder glauben daran, in wenig Tagen wird das rechte Pfingstwetter kommen. Und dieser Glaube und das Hoffen sind eigentlich so recht das Criebelement der Menschen zu fortschritt und Erkenntnis . . . Wir sind in den letzten zehn Jahren in einem Rasentempo vorwärts gekommen in bezug auf die Entfaltung der Produktionsmittel. Eine Erfindung hat die andere gedrängt und daneben ist der Umgestaltungsprozeß in der Industrie unter dem Stichwort der Rationalisierung in beschleunigtem Tempo durchgeführt worden. Das bedeutet für die Arbeiterschaft nicht immer Gewinn und Segen! Ein erheblicher Teil der furchtbaren Arbeitslosigkeit in Mitteleuropa und in Deutschland erklärt sich gerade aus dem technischen Fortschritt. Darum ist es durchaus verständlich, wenn mancher Arbeiter, mancher Kollege sagt: diese Rationalisierung muß von uns bekämpft werden. Aber das wäre kein rechter Pfingstgedanke. Es bedeutet ein Zurück zur Zeit vor hundertzwanzig Jahren, da die Maschinenstürmer sich gegen die Entwicklung der Technik wandten. Wir wollen und können nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen. Viel Weiteres würde es nicht bedeuten, wenn wir gegen die Umgestaltung des technischen Wirtschaftsprozesses front machten. So bleibt nur der andere Weg: Wir müssen versuchen, der Produktion wieder einen Sinn zu geben, der Mensch muß Herr der Maschine werden und nicht die Maschine Herr des Menschen. Man kann wohl sagen, daß heute ja eigentlich die Aktienbesitzer der großen Industrieunternehmen nicht nur Herren der Maschinen, sondern auch Herren der Maschinendiener — der Menschen — sind, die in den großen Betrieben arbeiten. Aber eine gewaltige Auflockerung hat sich doch seit der Vorkriegszeit ergeben. Wenn tag geblieben. Es bedarf aber vermehrter Anstrengungen, um für das weitere Viertel den Achtstundentag zurückzuerobern. Die gleichen Bestrebungen sehen wir in der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands. Mit der allmählich wieder einsetzenden Konjunktur und der Minderung der Erwerbslosen — wie sich das in den letzten Monaten zeigt — ist zu erwarten, daß auch die Schlagkraft der Arbeiter wächst und sie nicht nur „oppositionell“ und unzufrieden beiseite stehen, sondern mitarbeiten an den gemeinsamen Zielen der Befreiung der Menschen von dem jetzigen Wirtschaftssystem. — In diesen Tagen hat in Kiel der Sozialist **Hilferding** in trefflichster Weise die Fragen scharf herausgearbeitet, wie die Stellung des Arbeiters zur Republik und zum Staat heute sein soll. An anderer Stelle geben wir einen Auszug aus diesen, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sehr beachtenswerten Darlegungen. Das gewerkschaftliche Ziel kann als eine Ergänzung, als eine Stappenarbeit im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus angesehen werden.

Das Pfingstfest aber soll uns daran erinnern, daß es gilt, unsern Willen zur Umgestaltung dieser Wirtschaft zur politischen Demokratie nicht nur im Staat, sondern auch zur Demokratie in der Wirtschaft noch stärker in den Vordergrund zu rücken. Als Grundlage, auf der alle Umgestaltungen sich nur vorbereiten können, sind die Wirtschaftsmächte anzusehen. Eine solche Wirtschaftsmacht ist das Unternehmertum. Wir aber, die Millionen der Arbeiterschaft, wollen der stärkere Faktor im Wirtschaftsleben werden. Wenn mancher Kollege glauben sollte, daß wir es schon heute seien, so mag er in diesen Pfingsttagen einmal ernstlich nachdenken über die Verteilung der Macht. Es liegt indessen kein Anlaß vor, etwa pessimistisch zu sagen: „Es nützt ja doch nichts!“ sondern wir sehen und werden begreifen auf dem ganzen Erdball die starke Strömung des Sozialismus mit dem ebenso starken Anwachsen wirtschaftlichen Kräfteanstiegs der gewerkschaftlichen Organisationen. Der Pfingsttag bringt uns zum Bewußtsein: Begeisterung und Willen zur Macht muß die Arbeiterschaft haben und vor allen Dingen die Überzeugung, daß ihr Ziel, der Sozialismus erreicht werden kann, durch gemeinsame brüderliche Zusammenarbeit aller derer, denen die Fessel des heutigen Systems Schmerzen bereitet. Im Zeichen wirtschaftlichen Aufstiegs, wirtschaftlicher Kämpfe sowie wirtschaftlicher und politischer Teilsiege feiern wir unser Pfingstfest. E. D.

Pfingsten

Rosen, rote Rosen glühen
feurig wie der Sonnenball.
Tausendfarbig buntes Blüten
weht zum Kranz die Blumen all.
Weithin über Berg und Wälder
spiegeln Wolken sich in Seen,
segeln über grüne Felder
aufwärts zu den lichten Höhen.

Drunten hinter engen grauen
rauchgetünchten Städtewauern
muß die Sehnsucht nach dem blauen
Himmel trostlos klagend trauern.
Der Fabriken ruh'ge Feuer
schwelen lange schwarze Fahnen,
die wie ries'ge Ungeheuer
töten alles Lebensahnen.

Jeho seht, wie aus den Toren
drängt hervor das junge Hoffen,
das zum Leben ist geboren,
dem die ganze Erde offen.
Und ein jubelnd helles Klängen
fliegt dem Sonnenlicht entgegen:
„Einmal muß es doch gelingen!
Allen sei die Tat zum Segen!“

Jene Tat, die aus den Nöten
grauen Glends ward geboren
und die, Lug und Trug zu töten,
sich den freien Geist erkoren!“
Tausend Zungen, aber tausend
rufen froh, von Sorg' befreit:
„Pfingsten ist's“ und Himmelbrausend
klingt das Lied der neuen Zeit.

B. Balan

Der Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

Während in den letzten Jahren die Konzentration der deutschen Arbeiterschaft in ihren politischen Bestrebungen noch zweifelhaft war, brachte der Parteitag in Heidelberg ein neues Programm heraus, das sehr beachtet worden ist. Diesmal hat der Kieler Parteitag aber weit über den Kreis der organisierten Sozialdemokraten hinaus Bedeutung und Beachtung gefunden. Das ist wahrlich kein Zufall. Einerseits beginnt sich in den arbeitenden Massen die politische Situation mehr zu klären. Die vielen durch die politischen Streitereien Verärgerten und Abseitsstehenden erkennen allmählich, daß sie mit dieser verbitterten Indifferenz nicht viel Besseres tun, als die aus Bequemlichkeit Indifferenten und Unorganisierten. Andererseits zwingt die wachsende Konzentration des wirtschaftlichen und politischen Gegners im Zeitalter des Bürgerblocks zu stärkerer Zusammenfassung der proletarischen Kräfte. So wird das Bild in Deutschland allmählich wieder ganz klar. Aber es ist nicht das Bild der Vorkriegszeit! Innerhalb der Sozialdemokratie gewinnt der wirtschaftliche Einschlag viel stärkere Bedeutung und auf der andern Seite hat sich der politische Einschlag in den Gewerkschaften in der Nachkriegszeit ungeheuer verbreitert und vertieft. Und das ist gut so. Denn nur in dieser gegenseitigen Durchdringung kann die deutsche Arbeiterschaft ihre Ziele erreichen. Man mag streiten über Einzelheiten des Weges, aber man muß fest zusammenstehen, wenn so starke Gegner vorhanden sind, wie das in Deutschland sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Lager der Fall ist. Das Unternehmertum Deutschlands hat jedenfalls eine ziemlich klare Linie. Soweit es nicht in den beiden rechtsstehenden Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei organisiert ist, unterstützt es sie zum mindesten direkt und indirekt, vor allen Dingen mit ungeheuren Geldmitteln. Der Stahlhelmtag in Berlin wurde bei all seiner Kläglichkeit in diesem Ausmaß auch nur möglich, durch die Subsidien, die den einzelnen Teilnehmern aus den Rassen der Unternehmer gezahlt wurden. Wir wollen dabei freilich nicht verkennen, daß ein gut Teil irreführender Arbeiter im Stahlhelm, wie in rechtsgerichteten Parteien vorhanden sind. Der Kieler Parteitag, insbesondere das Referat Hilferdings hat nun klar herausgearbeitet, daß hier die Hauptarbeit zu verrichten ist: Aufklärung, planmäßige, systematische Agitation auf der ganzen Linie. Uns will scheinen, daß der Kieler Parteitag vor allen Dingen dadurch eine so große Resonanz in Deutschland finden wird, weil man aus dem Vorbild Österreichs, das der bekannte Reichsratsabgeordnete Kenner trefflich gestaltet hat, sich in Zukunft bemühen wird, das gegenseitige Vertrauen zwischen Massen und Führer so zu festigen, daß die persönlichen Dinge in den Hintergrund treten. Den stärksten Eindruck vom Kieler Parteitag hat aber ohne Zweifel das Referat Hilferdings hinterlassen, das wir im Auszuge abdrucken. Es zeigt vor allen Dingen, wie notwendig die Bildungsarbeit in Partei und Gewerkschaft ist. So mancher hat einen politischen „Glauben“, den zu behalten er die Tatsache allzu leicht und meistens unbewußt verwischt. Wer aber in der Politik eine klare Meinung gewinnen will, muß sich von allen Glaubens- und Sympathieströmungen nach Möglichkeit fernhalten. Er muß nüchtern die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Tatsachen studieren, wie überhaupt aktive Anteilnahme an der Politik eine erhebliche dauernde geistige Arbeit voraussetzt, die nicht erworben werden kann, indem man sich dieser oder jener Meinung anschließt, sondern die sich nur herauskristallisiert, wenn man einzudringen versucht in die gesamten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben und Schwierigkeiten unserer Zeit. Die Zeit ist eine andere geworden seit der Revolution, in Deutschland wie auf der ganzen Erde. Und diese neue Zeit voll zu verstehen, fällt dem Arbeiter nicht immer leicht. Erbitterung, soziale Not, Erwerbslosigkeit, all das sind Gefühlsfaktoren, die eine große Rolle spielen. Das ist menschlich durchaus verständlich. Aber es klärt die politische Situation keineswegs. Sie kann nur geklärt werden durch die rückhaltlose Offenheit und Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge. So hat auch der Streit um die Begriffe „Koalition“ oder „Opposition“ auf diesem Parteitag eine große Rolle gespielt, ohne deswegen zu einem endgültigen Abschluß gekommen zu sein. Dreiviertel der Parteitagmehrheit haben sich mit der Entschließung Hilferdings einverstanden erklärt und auch die anderen wollen nicht etwa Opposition aus Prinzip gegen den Staat machen, sondern sie sind nur der Meinung, daß der gegenwärtige Augenblick zu irgendwelcher Koalitionspolitik keinen Anlaß geben kann. Daß der als gemäßigter bekannte Reichspräsident Löbe gleichfalls zu dieser Opposition gehört, wemgleich seine Motive freilich andere sind, ist doch recht beachtlich. Er ist der Meinung, daß Entwicklung in Gegenwart und Zukunft zu einem noch stärkeren Zusammenschluß der bürgerlichen

Parteien führen muß (ähnlich, wie sie sich im wirtschaftlichen Unternehmerlager zeigt) und daß daraus eine scharfe Opposition der Arbeiterpartei resultiert. Anerkannt worden ist aber auch von der Mehrheit, daß eine Opposition nicht „möglichst sanft“ sein darf, sondern daß sie alle Mittel anzuwenden hat, die jeweils möglich sind, um der Opposition zum Siege zu verhelfen. Was heißt aber dieser „Sieg“ im politischen Leben? Heißt er nicht in den nächsten zehn Jahren in irgendeiner Form, zum mindesten zeitweilig, eine Koalition eingehen? Müßen wir in den Gewerkschaften nicht dauernd mit den mehr denn zwei Millionen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften paktieren, die im „Zentrum“ ihre politische Vertretung finden? Wir sehen in allen Ländern Mitteleuropas, wo die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit organisatorisch gewachsen ist, in England, Frankreich, Skandinavien, Belgien, in der Schweiz, das gleiche Problem. Einsetzen unserer Macht, um die Staatsmacht zu erobern, Umwandlung der demokratischen Republik in eine soziale Republik! Umwandlung auch der Wirtschaft in eine demokratische von den Gewerkschaften kontrollierte und stark beeinflusste Wirtschaft. Das sind klare Ziele, die jeder Gewerkschafter anstreben muß. Wenn nun in dieser Zeit „Kompromißpolitik“ notwendig ist, so sind gerade wir Gewerkschafter allzu oft genötigt, Kompromisse abzuschließen, weil entweder die Kraft der Arbeiterschaft zu einem Sieg auf der ganzen Linie noch nicht ausreicht, oder die Kraft des Gegners so groß ist, daß es töricht wäre, mit bloßem Wortschwall oder Resolutionen ihn verschrecken zu wollen.

Wir können auf die Einzelheiten des Kieler Parteitages der deutschen Sozialdemokratie hier nicht eingehen, sondern verweisen auf die Arbeiterpresse. Es mag nur noch gesagt sein, daß ein Agrarprogramm angenommen ist, das wohl für längere Zeit diese Fragen geklärt haben dürfte. Ob wir mit diesem Agrarprogramm stärker an die Kleinbauern und mittleren Bauern herankommen, bleibt abzuwarten. Die letzten Wahlen in Mecklenburg haben immerhin bewiesen, daß diese Entwicklung nicht hoffnungslos ist.

Aus dem Referat Crispens über „Die Internationale“ ist besonders beachtenswert, daß die fürchtbaren Zustände, wie sie der Faschismus in Italien herbeigeführt hat, nicht allein durch Mussolini erreicht wurden, sondern daß auch die Uneinigkeit und Selbstüberschätzung der italienischen Genossen diesen Sieg des Faschismus ermöglichte. So folgert auch aus diesen Vorgängen die Mahnung zur Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft und die Forderung, daß alle tattisch verschiedenen Auffassungen über den Weg zum Sozialismus im Geiste der Kameradschaftlichkeit geführt werden müssen. Ein solcher Geist hat die Kieler Tagung beherrscht. Die Veranstaltungen der Kieler Jugend sowie der Kieler Arbeiterschaft haben das ihrige getan, um zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft allen Anlaß hat, hoffnungsfreudig den verstärkten Kampf aufzunehmen.

Der Kieler Parteitag nahm u. a. folgende Resolution an:

I. Nachdem die Versuche, die demokratische Republik gewaltsam zu beseitigen, an dem wachsenden Widerstand der arbeitenden Massen gescheitert sind, versucht die politische und soziale Reaktion unter Führung der Deutschnationalen Partei die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital durch Ausnützung der Regierungsmacht wieder herzustellen. Die Deutschnationalen verbergen vorübergehend ihre monarchistischen, republik- und demokratiefeindlichen Bestrebungen, um sich die Hilfe anderer bürgerlicher Parteien zur Durchführung der materiellen, sozialreaktionären Ziele des Großgrundbesitzes zu sichern.

Zugleich wächst mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Organisierung der Wirtschaft unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Der Kampf um die Beseitigung des Besitzprivilegs, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der Wirtschaftsdemokratie erfordert die Vereinigung aller Arbeitenden in einer politischen Partei, in der Sozialdemokratie.

Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung der Arbeiterbewegung aus konfessionellen Gründen ab. Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Ueberzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder. Der Parteitag erhebt deshalb Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes. Er erblickt darin nur den Versuch sozialreaktionärer Kreise, die Trennung zwischen den Arbeitern auf-

rechtzuerhalten und zu erweitern, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können, eine Ablenkung der Arbeiterbewegung von ihren wirklichen Aufgaben. Der Kampf um die Schule ist für die Sozialdemokratie ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Befestigung des Bildungsprivilegs, die Aufstiegsmöglichkeit für alle Befähigten ohne Unterschied des Besitzes, die Hebung des Bildungsstandes und des Kulturgrades der Massen. Die Überwindung des Bildungsprivilegs ist aber eine gemeinsame Angelegenheit aller arbeitenden Schichten. Nicht Trennung durch die Religion, sondern gemeinsamer Kampf um die Teilnahme an allen Errungenschaften der Kultur ist der wahre Kulturkampf.

II. Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erziehung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Ge-

meinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren. Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Verantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.

Achte Sitzung des Bundesausschusses

In der achten Sitzung des Bundesausschusses des ADGB. am 19. Mai erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten. Der Bundesvorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. In letzter Stunde hat der Bundesvorstand versucht, eine gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichstag zu richten. Da eine gemeinsame Eingabe sich nicht ermöglichen ließ, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem ADGB und Gewerkschaftsring einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet und sie zur Verweigerung von Ueberstunden erneuert aufgefordert. Seitdem hat eine erfreuliche Agitation eingesetzt, von den Verbänden wie von den Ortsausschüssen. Der Vorstand hat eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Wirksamkeit zu schaffen. Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, positive Forderungen auf dem Gebiet des Wohn- und Mietrechts zu formulieren, Richtlinien für seine soziale Gestaltung aufzustellen. Die Arbeiten der Kommission sind noch nicht abgeschlossen. Die Beschlüsse des Londoner Wandertagungskongresses sind einer sorgfältigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Für die in diesem Jahre stattfindenden sozialen Wahlen wird, wie auch früher geschehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden. Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Ersuchen gerichtet, über etwaige gesundheits-schädliche Wirkungen der Rationalisierung Material zu beschaffen. Der Bundesvorstand wird diesem Wunsche entsprechen.

Dann berichtete Kollege Graßmann über das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen. Er gab zunächst einen historischen Ueberblick. Beginn ist nach dem Kriege in den Vorstand des Roten Kreuzes eingetreten. Nach seinem Tode trat Graßmann an seine Stelle; beide aber nicht als Vertreter des Bundesvorstandes. Sie haben es getan in Anbetracht der überragenden Bedeutung des Roten Kreuzes, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß viele Gewerkschaftsmitglieder in den Rote-Kreuz-Kolonnen organisiert sind, vor allem aber, weil nach dem Kriege das Rote Kreuz zu einer großzügigen Volkshilfeorganisation ausgebaut werden sollte und auch ausgebaut worden ist. Graßmann schilderte sodann die Unstimmigkeiten zwischen dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariterbund. Er wies auf die vergeblichen Anregungen des Bundesvorstandes hin, auch Gewerkschaftsvertreter in die Vorstände der provincialen und lokalen Organisationen des Roten Kreuzes zu entsenden, um die Interessen der Arbeiterschaft auch dort zur Geltung zu bringen. Auf dem Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes wurde der Antrag angenommen, daß ein Vorstandsmitglied des ADGB. in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten solle. Der Bundesvorstand hat diesem Wunsche des Arbeiter-Samariterbundes entsprochen und Graßmann mit dieser Vertretung betraut. Wünschenswert wäre in Zukunft ein gedeihliches Nebeneinanderwirken beider Organisationen.

Kollege Nörpel erstattete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist im großen und ganzen gelungen, die Behörden so aufzuziehen, daß eine gedeihliche Tätigkeit zu erwarten ist. Außer in Bayern und in Württemberg. Die Gerichtsbezirke liegen jetzt fest. Bei der Bestellung der Beisitzer ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungsrörper festzulegen. Der Bundesausschuß wird heute die Beisitzer für das Reichsarbeitsgericht benennen müssen. Der Baugewerksbund hat angeregt, für die Vertretung in

der zweiten Instanz tüchtige Rechtsanwälte rechtzeitig zu sichern. Nörpel wies auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwälte sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitsgerichtsgesetz ist erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozeßvertreter in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand ist daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt, nachdem die Gewerkschaften klares Recht erreicht haben, Verträge mit Rechtsanwälten abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen selbst für die Durchsetzung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg ist der Ausbau der Arbeiterssekretariate. Statt 5000, wie bisher, werden künftig vielleicht 30 000 Streitfälle jährlich berufungsfähig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2 250 000 Mark betragen; diese Kosten können teilweise erspart werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Heranziehung von Rechtsanwälten verzichtet wird. Der Bundesvorstand wird für eine einheitliche Schulung der Beisitzer Sorge tragen müssen. Das ist heute leichter als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Außerdem schlägt der Bundesvorstand die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeiterversicherung vor, die sich bei guter Leistung bald eine angesehenere Stellung erringen kann. Der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat vor dem Kriege Gutes geleistet. Seit 1918 kann man das nicht mehr behaupten. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einmütig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen. Die Gewerkschaften brauchen auch keine Gutachten eines solchen Verbandes. Sie wissen selbst, in welcher Weise sie das kollektive Arbeitsrecht wollen. Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Beisitzern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. 16 sind bewilligt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den ADGB. und ADGB-Bund, 3 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsring zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will 4 Beisitzer. Die Arbeitgeber haben nun den Wunsch, daß doch 18 Beisitzer benannt werden. Dann würde die Verteilung entsprechend 12, 4 und 2 sein können. Die Verbände haben nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Zu bemerken ist, daß nur Reichsarbeitsrichter, keine Reichsarbeitsrichterstellvertreter zu benennen sind. Es kommt nicht auf besondere fachliche Spezialkenntnisse, sondern auf gute Beherrschung des kollektiven Arbeitsrechts an. Das einheitliche Arbeitsrecht soll von allen Berufen und Industriezweigen gemeinsam gefördert werden.

Kollege Spliedt entwickelte nunmehr im Auftrage des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Berichterstattung über die Lohnbewegungen und über die Geschäftslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Dr. Meyer-Brodnik, der Leiter der sozialhygienischen Abteilung des Bundesvorstandes, berichtete über die bevorstehende Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neuauftretende Gewerbekrankheiten einem weitgezogenen Interessentenkreise vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Dr. Arons, der Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, ergänzte die Ausführungen Leiparts über die Beschaffung von Material über etwaige gesundheits-schädliche Folgen der Rationalisierung. Er verwies auf den Fragebogen, der vom Bundesvorstand ausgearbeitet worden ist, und von den Verbänden für diese Erhebung benutzt werden soll.

In der Debatte gingen die Vertreter der Verbände insbesondere auf die Berichterstattung über die Lohnbewegungen und die Geschäftslage in einzelnen ausgewählten Industrien ein. Der Lohn-

politische Ausschuß des ADGB. wird sich mit diesen Plänen noch im einzelnen beschäftigen.

Der Bundesausschuß gab einmütig der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Dreischichtenystem für die Hüttenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen muß, und die Hüttenarbeiter dem Schuß des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden müssen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates mußte daher seine Untersuchung beschleunigt durchführen und der Reichsarbeitsminister alsdann die entsprechende Verordnung erlassen.

Ferner nahm der Ausschuß einstimmig folgende Entscheidung an:

Der Ausschuß des ADGB. erhebt Protest gegen die von den Parteien des Bürgerblods im Reichstag beantragte Verschlechterung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. — Durch die Zulassung der sechzigstündigen Arbeitswoche und der Sonntagsarbeit wird in mehr als der Hälfte aller Betriebe die Kontrolle der Aufsichtsbehörden über die Einhaltung der Arbeitszeit zur Unmöglichkeit. Die Arbeitslosigkeit im Beruf wird eine starke Zunahme erfahren und Reich und Gemeinden noch stärker belasten. — Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus besteht durchaus nicht. Seit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages ist eine starke Zunahme der Maschinenbetriebe zu verzeichnen, wodurch eine bedeutende Zahl von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wurde. — Eine lange und unkontrollierbare Arbeitszeit würde bei der Brotherstellung wieder die groben Mißstände auslösen, wie sie so häufig vor der Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien bestanden haben. Der Achtstundentag und die sechstägige Arbeitswoche sind in diesem Gewerbe mit mehr als zwei Drittel Kleinbetrieben unbedingt notwendig, wenn das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, unter Beobachtung aller hygienischen und sanitären Anforderungen einwandfrei hergestellt werden soll.

Im Auftrage der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission erstattete Genosse Schlimme (Bundesvorstand) dann Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstützungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Beitrittsgebildes und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesausschuß verabschiedet worden waren, stimmte er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der sachungsmäßigen Wartezeiten (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Ratenzätze für Kampfunterstützungen (Streit und Maßregelung) sowie für soziale Unterstützung herbeiführen sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai befaßte sich der Bundesausschuß zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß. Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Graßmann und Gertrud Hanna am Kongreß teilnehmen. Außer den bereits in der 7. Bundesausschußsitzung genannten Verbandsvertretern wird auch August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Ueber „Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens“ sprach der Bildungssekretär des ADGB. Alexander Knoll. Er trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementarschulen“ ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festangestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für ihre besondere Lehrzwecke nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sonder-einrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einmütige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundesschule. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben künftiger Regelung vorbehalten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichsarbeitsrichter.

Die Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk Hannover

Wir haben früher schon die Tatsache zu verzeichnen, daß die Lohnbewegungen sich immer schwieriger gestalten. Von der Einreichung der Forderungen bis zum Abschluß ist ein langer Weg. Am 12. März wurden dem Kommunalen Arbeitgeberverband die Forderungen sämtlicher Arbeitergruppen zugestellt. Für die städtischen Arbeiter wurde eine Zulage von 15 Pf. pro Stunde, für die Landstraßenwärtler 80 Pf. pro Tag gefordert. Für das Krankenhauspersonal wurden entsprechende Monatslöhne verlangt. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband waren ergebnislos. Man bot den städtischen Arbeitern eine Zulage von 1½ Pf. und für die Landstraßenwärtler nichts. Am 29. März fällt die Bezirkschiedsstelle einen Spruch, der eine Lohnzulage für alle Gruppen von 10 Pf. vorsah. Diesen Schiedsspruch lehnte der Arbeitgeberverband ab. Auch wir konnten daher unsere Zustimmung dazu nicht geben. Am 28. April stand die Sache vor dem Zentralausschuß zur Verhandlung. Der Schiedsspruch des Zentralausschusses brachte eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Spruche der Bezirkschiedsstelle. Den Zentralausschuß kümmerte es nicht, daß die Löhne der städtischen Arbeiter sowohl wie die der Landstraßenwärtler im Bezirk Hannover am niedrigsten sind. Die Löhne in Hannover betragen nur 68 Proz. der Löhne, die für gleiche Arbeitergruppen der Privatindustrie gezahlt werden. Die Stadt Hannover erhebt für Installationsarbeiten dieselben Sätze wie die privaten Arbeitgeber. Erweckt also bei den Auftraggebern den falschen Glauben, als ob die Löhne der städtischen Arbeiter schuld sind an den hohen Unkosten. Trotzdem erhalten aber die städtischen Installateure nur 68 Proz. des Lohnes, den der private Arbeitgeber seinen Leuten zahlt. Es ist dringend notwendig, daß diese Tatsachen in der Öffentlichkeit bekannt werden. Da man dafür im Zentralausschuß kein Verständnis hatte, mußte dieser Spruch abgelehnt werden. Vom Arbeitgeberverband wurde die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Inzwischen wurde von uns eine Urabstimmung über einen notwendigen Streit vorgenommen. Am 14. Mai fanden nunmehr nochmalige Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter statt. Das Gesamtergebnis dieser Verhandlung ist, daß sich jetzt die Löhne wie folgt gestalten:

Die Löhne in Hannover betragen in der Spitze 83,5 Pf., Angelernte 63,5; für Osnabrück und Stade 80,5 und 60,5, Ortsklasse I 77,5 und 57,5, Ortsklasse II 74,5 und 54,5, Ortsklasse III 69 und 49, Ab 1. Oktober Hannover 85,5 und 65, Osnabrück, Stade 82,5 und 62, Ortsklasse I 79,5 und 59, Ortsklasse II 76,5 und 56, Ortsklasse III 71 und 50 Pf. Unter Ortsklasse III fallen zirka 25 Arbeiter. Diese Lohnsätze wurden für verbindlich erklärt. Hausstands- und Kindergeld je 3 Pf. bleiben bestehen.

Auch diese Sätze bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig ist, bleiben aber nur noch ½ Pf. hinter den von der Bezirkschiedsstelle zugesprochenen Löhnen zurück. Bei der zwei Monate dauernden Bewegung hat sich gezeigt, daß der Kommunale Arbeitgeberverband alles andere nur kein guter Sachwalter der Interessen der Stadtverwaltungen ist.

Unsere Celler Kollegen waren inzwischen in den Streit getreten. Die Stadtverwaltung war einstimmig der Auffassung, daß die von der Bezirkschiedsstelle normierten Löhne das mindeste sind, was man den städtischen Arbeitern zugestehen muß, und daß diese Sätze auch für die Stadtverwaltungen tragbar sind. Die Stadt Celle wollte ihre Arbeiter nach diesen Sätzen entlohnen, wurde aber durch Androhung einer hohen Konventionalkstrafe durch den Arbeitgeberverband daran gehindert. Kein Wunder, daß da unseren Celler Kollegen die Geduld ausging und sie in den Streit traten. Der Streit war auch vom Verbandsvorstand genehmigt. Das soll hier besonders betont werden, da in der kommunistischen Presse behauptet wurde, der Verbandsvorstand hätte den Celler Streit als wilden Streit bezeichnet. Durch die Verbindlichkeitserklärung mußte natürlich auch der Celler Streit abgebrochen werden. Unmöglich konnten wir unsern Kollegen zumuten, länger zu streiken, da dadurch nichts erreicht wurde und zum andern unsere Kollegen nur haftbar gemacht werden konnten für den eventuellen Schaden, den die Stadt durch den Streit hatte. Auch die Arbeiter anderer Städte waren bereit, in den Ausstand zu treten. Durch die Verbindlichkeitserklärung wurde das aber hinfällig.

Unsere Kollegen müssen aus der Bewegung lernen, daß die kommenden Lohnkämpfe immer schwieriger werden. Durch intensive Werbearbeit für den Verband müssen wir dafür Sorge tragen, daß unsere Reihen gestärkt und gefestigt werden. Es darf keinen unmorganisierten städtischen Arbeiter geben, dann können wir getrost den kommenden Kämpfen entgegensehen.

Zweifelsfrei geht aus der Bewegung hervor, daß der Arbeit-

geberverband durch seine Einstellung zu Konflikten treibt. Die Stadtverwaltungen müssen daher erwägen, ob es nicht vorteilhafter für sie ist, die Gelder an den Arbeitgeberverband zu sparen und lieber die Löhne der städtischen Arbeiter in ein Gleichmaß zu den übrigen am Orte gezahlten Löhnen zu bringen. Sie schützen sich dadurch vor Schäden, der durch die vom Arbeitgeberverband provozierten Streiks verursacht wird. Ein gutes Einvernehmen zwischen Stadtverwaltungen und ihren Arbeitern liegt im Interesse beider Teile. Der Arbeitgeberverband wirkt aber im entgegengesetzten Sinne und verursacht damit eine Schädigung der Gesamtinteressen.

◆ Aus Politik und Volkswirtschaft ◆

Die Rede Hilferdings auf dem Kieler Parteitag der SPD. An anderer Stelle geben wir ein Resümee über die bedeutungsvolle Tagung der SPD. in Kiel wieder. Den Höhepunkt des Parteitags bildete zweifellos das Referat Dr. Hilferdings, das wir nachstehend im Auszuge wiedergeben:

Es ist sicher nie so schwierig gewesen, über die zukünftige Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse ein Urteil abzugeben, wie in der Zeit nach dem Kriege. Die ökonomische Gesetzmäßigkeit war durch die Gewalt vollständig unterbrochen. Aber wir können doch feststellen, daß wir jetzt zum ersten Male seit Beendigung des Krieges in eine allgemeine Besserung der Konjunktur auch in Deutschland eingetreten sind, die verspricht, eine wirkliche Besserung der Gesamtwirtschaft zu werden. Ich hebe das hervor, weil wir kein Interesse daran haben, das Spiel derjenigen zu unterstützen, die angeblich aus außenpolitischen Gründen die deutsche Wirtschaftslage schwarz in schwarz malen, ohne damit das Ausland täuschen zu können, die aber diese Schwarzmalerei als Vorwand gebrauchen, um gegen Forderungen der Arbeiterklasse anzugehen. Ich habe immer jede ökonomische Zusammenbruchstheorie abgelehnt. Auch Marx hat sie nach meiner Meinung als falsch erwiesen. Nach dem Kriege wurde eine solche Theorie hauptsächlich durch die Bolschewisten vertreten, die meinten, daß wir jetzt vor dem unmittelbaren Zusammenbruch des kapitalistischen Systems ständen. Ein solcher Zusammenbruch ist nicht erfolgt. Wie sind von jeher der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht fatalistisch zu erwarten ist, auch nicht eintreten wird aus inneren Gesetzen dieses Systems, sondern daß er die bewußte Tat des Willens der Arbeiterklasse sein muß. Marxismus ist nie Fatalismus gewesen, sondern im Gegenteil höchster Aktivismus. Das Wort: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“ hat doppelte Bedeutung: das Werk der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, aber auch das Werk der bewußten Tat der Arbeiterklasse. Das Entscheidende ist, daß wir im Augenblick in der Periode des Kapitalismus angelangt sind, wo die Ära der freien Konkurrenz des Kapitalismus der rein durch das Walten blinder Marktgesetze beherrscht wird, überwunden ist und wieder zu einer kapitalistischen Wirtschaft kommt, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft. Diese Wirtschaft ist technisch dadurch ausgezeichnet, daß neben Dampf und Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund tritt. Die Anwendung dieser Chemie bedeutet prinzipiell etwas Neues. Sie macht einmal die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, wenn sie wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die überall in Massen vorhanden sind, künstlich herstellt. So erzeugt sie Del aus der überall in Masse vorhandenen Kohle, und wenn man gesagt hat, daß der neue Weltkrieg ein Kampf der Delquellen werden wird, so gerät diese Theorie in tödliche Verlegenheit, wenn das Del in Merseburg usw. aus Braunkohle fabrikiert wird. Ferner ist die Technik dazu gekommen, Rohstoffe in solcher Form zur Verfügung zu stellen, daß sie für industrielle Zwecke verwertet werden, oder ihnen ganz neue Eigenschaften zu geben. Danach erzeugt man jetzt kostbare organische Stoffe aus billigen, anorganischen Stoffen. Ich erinnere an den kolossalen Aufschwung der Kunstseide, die an Stelle der Seide, die die Maulwurfsgrillen ergeben müssen, ein chemisches Verfahren, das Seide aus billigen, überall vorhandenen Rohstoffen herstellt. Durch diese Entwicklung der Technik wird die gesamte Grundlage unserer kapitalistischen Produktion mit einer kolossalen Explosivkraft umgewälzt. Charakteristisch ist, daß die kapitalistische Industrie in organisierter Weise die neuen Möglichkeiten ausnützt, daß neu entstehende Industrien sich gleich über die ganze Welt ausbreiten. Die Kunstseidenindustrie z. B. stellt einen einzigen großen kapitalistischen internationalen Konzern dar, der mit anderen Trustbildungen wie mit der Chemie eng verbunden ist und von da Verbindungen hat mit Textilkonzernen usw. Wie die Konzernbildung, so ist die Internationalisierung jetzt der Großindustrie erstes Wort. Wer in kapitalistischen Kreisen verkehrt, wie ich — und es ist nämlich, die Laffagen des Wegners studieren zu können — faunt immer wieder, wie diese Kreise, die vor dem Krieg auf national abgeschlossene Wirtschaftsführung eingestellt waren, jetzt ununterbrochene Beziehungen zum Ausland suchen und pflegen und den Drang zur internationalen Organisation befähigen. Wie national zuerst die Organisation der Arbeiter entstand, dann die ersten organisierten Wirtschaftselemente im Reich der freien Konkurrenz, dann aber die Unternehmer in ihrer geringen Zahl und ihrem größeren Klassenbewußtsein unsere Organisation eingeholt, ja vielleicht überholt haben, so erleben wir es heute auf internationalem Gebiet. Damit gewinnt die Handelspolitik ein ganz neues Gesicht. Wir haben sie immer schon als Mittel zur Preiserhöhung der

agrarischen Produkte angesehen. Aber das eigentlich Revolutionäre in der Handelspolitik der letzten Jahrzehnte waren die industriellen Schutzzölle, der stärkste Antrieb für Organisation, Kartellierung und Verkrüftung der Industrie. Man hätte annehmen können, daß mit der internationalen Kartellierung die Schutzzölbewegung abflauen würde. Aber im Gegenteil, sie hat neue Funktionen bekommen. Der Abschluß des deutschen Marktes durch hohe Eisenzölle bedeutet die Sicherung der Quote des inländischen Eisenverbrauchs bei internationalen Kartellverhandlungen für die deutschen Produzenten. Je höher der Schutz Zoll, desto größer die gesicherte Quote, desto sicherer das nationale Monopol auf dem internationalen Markte. Es geht nicht mehr um den sogenannten Schutz der Arbeit, sondern um den Kartellschutz, um die Erleichterung des Abflusses internationaler Kartellverträge. Es geht um den Schutz der französischen, belgischen, polnischen und tschechischen Eisenindustrie, die der Abschluß internationaler Kartelle viel sicherer stellt als die freie Konkurrenz mit der vorgegriffenen deutschen Eisenindustrie. Auch die Handelspolitik hat also ein doppeltes Gesicht. Die reaktionäre Seite ist die Preiserhöhung, die Auswucherung der Konsumenten; die revolutionäre Seite die Förderung der Konzentrationsneigung in der kapitalistischen Wirtschaft. Privatbetriebliche Wirtschaftsführung des einzelnen Unternehmens hat aufgehört, seine Privatsache zu sein. Die Gesellschaft hat begriffen, daß es ihr Interesse ist, die Produktivität möglichst zu steigern. Darum bemühen sich eine ganze Anzahl von Institutionen halb behördlicher Art, wie das Kuratorium für Wirtschaftlichkeit, um die Förderung der Rationalisierungsbestrebungen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Gesellschaft erklärt die Führung eines Unternehmens ist gesellschaftliche Angelegenheit! Bisher hat der Kapitalismus gelehrt, daß nur der Zwang der freien Konkurrenz die Wirtschaft fördern kann. Der Vorwurf gegen den Sozialismus lautet: Ihr schaltet die Privatinitiative aus und könnt an Stelle von Eigenmut und Ehrgeiz für den Fortschritt der Wirtschaft keine genügenden Antriebe setzen. Jetzt aber sucht die moderne Betriebswissenschaft den Betrieb wissenschaftlich, planmäßig zu leiten. Der Konzernleiter braucht eine Methode, um in jedem Augenblick festzustellen, ob die einzelne Unternehmung des Konzerns den höchsten Ruhezustand erzielt. Damit fällt der letzte psychologische Einwand, den der Kapitalismus gegen den Sozialismus erheben konnte. Organisierte Kapitalismus heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips, des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit, durch gesellschaftliche Regelung. Die organisierte geleitete Wirtschaft gibt nun in viel höherem Maße die Möglichkeit bewußter Einwirkung durch die Wirtschaft auf den Staat. Es treten sich gegenüber auf der einen Seite die kapitalistisch organisierte Wirtschaft, auf der anderen Seite die Staatsorganisation. Das Problem der Zeit ist, wie wir die gegenseitige Durchdringung gestalten. Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt wird. Wenn wir anfangs um die politischen Rechte und die Sozialpolitik gekämpft haben, so jetzt um den Sozialismus. Der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft war immer vorhanden. Ich erinnere an die Steuer- und Handelspolitik. Die Brot- und Getreidepreise sind nicht nur ein ökonomischer Preis, sondern auch ein politischer Preis, bestimmt durch die politischen Machtverhältnisse. Die Massen müssen die Aenderung der Verhältnisse selbst herbeiführen. Neu aber ist die Staatsregelung auf dem Gebiete des unmittelbar proletarischen Schicksals, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosenversicherung, Tarifvertrag und Schiedsgerichte, staatliche Arbeitszeitregelung usw. Sie lassen das Schicksal des Arbeiters als Lohnarbeiter völlig durch die Politik bestimmen. Wir haben — in der kapitalistischen Wirtschaft — letzten bei über zwei Millionen Arbeitslosen den Reallohn im allgemeinen gehalten, lediglich weil der politische Einfluß der Arbeiterklasse groß genug war. Wir müssen in jedes Arbeitergehirn einhämmern, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist, der abhängt von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Organisation und der sozialen Macht der Arbeiter innerhalb des parlamentarischen Staates. Die Arbeiterfrauen müssen endlich begreifen, daß sie, wenn sie zur Wahl gehen, die Lohnhöhe bestimmen, den Brotpreis und den Fleischpreis. Die Arbeiterklasse fordert jetzt über die Sozialpolitik hinaus Wirtschaftsschutz- und Betriebsführung durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft hat aber keine andere Organisation bewußten Handelns als die Staatsorganisation. Der Staat ist die Organisation der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aber gerade im marxistischen Sinne ist das keine Staatstheorie, weil es auf alle Staatsformen zutrifft, und der Marxismus gerade den Unterschied der einzelnen Staatsformen zu erfassen sucht. Uns Organisationspraktikern ist ohne weiteres klar, daß die Organisation besteht aus ihren Mitgliedern, ihrer Leitung und ihrem Verwaltungsapparat. So ist der Staat nichts anderes als Regierung, Verwaltungsmaschine und Staatsbürger. Ein wesentliches Moment des modernen Staates sind infolgedessen die Parteien, genau wie Regierung und Verwaltung. Der Parteikampf ist im kapitalistischen Staat nichts anderes als Klassenkampf. Der Kampf der Parteien geht um den Staatsinhalt und den Einfluß auf die Führung des Staates. Erst in diesem Zusammenhang erhellt die ganze Genialität der oft zitierten Sätze von Karl Marx, daß der Sieg des Jehnstudententages in England ein Sieg der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse über die politische Oekonomie der Bourgeoisie war. Zum ersten Male hat sich da im hellen Tageslicht gegen die Bourgeoisie durchgesetzt das politische Prinzip der Arbeiterklasse, den Staat als Mittel der Beherrschung und Leitung der Wirtschaft zu verwenden im Dienste des allgemeinen Interesses. Daß das nicht bloß eine theoretische

Einsicht ist, zeigt gerade die Entwicklung der Gewerkschaften, die in ihrer Aufgabenstellung immer mehr politisiert werden. In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Ertrag der Produktion, um die kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne führen. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben. Jetzt gehen die herrschenden Ideen um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus immer mehr unmittelbar sozialistische Aufgaben stellen. Das ist nicht etwa nur das Ziel der freien Gewerkschaften, sondern diese Tendenz bringt auch bei den christlichen Gewerkschaften durch. Diese reden zwar noch eine etwas andere Sprache als die Arbeiter in den freien Gewerkschaften, aber diese Sprachverschiedenheit ist viel geringer als etwa die zwischen Bayern und Sachsen. (Weiterleit.) Der Kampf um das politische Endziel der Arbeiterklasse geht zunächst um die Beseitigung des Erbrechts der Besitzprivilegien der Monarchie, der Aristokratie und dann der Besitzprivilegien beim Wahlrecht. Rein politisch sind all diese Besitzprivilegien gebrochen, und jetzt steht jeder Arbeiter vor dem offensündigen Widerspruch, daß es trotzdem noch ökonomische Besitzprivilegien gibt. Diese können nur beseitigt werden, wenn der Arbeiter Hand an die Hebel der entscheidenden Staatsgewalt legen kann. Deshalb ist die Demokratie der beste Kampfbofen. Historisch betrachtet ist die Demokratie stets die Sache des Proletariats. Wenn in einigen Anträgen steht, daß die Demokratie Sache der Bourgeoisie geworden sei, so heißt das, die politische Geschichte der Bourgeoisie nicht zu kennen, es heißt, aus den Schriften einiger Leute die wirkliche Geschichte herauslesen zu wollen. In Wirklichkeit gibt es keinen schärferen politischen Kampf als den, den das Proletariat um die Demokratie gegen das Bürgertum geführt hat. Dieser Kampf gehört gerade zu den Großtaten des Proletariats, und es ist historisch irreführend, von bürgerlicher Demokratie zu reden. Früher war der Wille des Deutschen Reichstages eine Bagatelle, wenn sich ihm entgegenstellte der Wille des Militarismus, der hohen Bureaucratie, des Monarchen. Jetzt ist tatsächlich die Bildung des Staatswillens nichts anderes als die Zusammenfassung, die Komponente aus dem Staatswillen der einzelnen. Es gibt kein schwereres Fennnis der Verwirklichung des Sozialismus als den Bürgerkrieg. Wir stehen in einer ungeheuer schwierigen Situation als Sozialisten, wenn erst aus einem Bürgerkrieg die proletarische Staatsmacht hervorgeht. Deshalb haben wir ein unbedingtes Interesse als Proletariat an der Erhaltung der Demokratie. Deshalb wollen wir sie verteidigen und wir danken dem Reichsbanner für seine Arbeit. Wir hoffen, daß ihm kein Opfer zu groß sein wird, um im Interesse der Arbeiterklasse die Republik, die Demokratie zu erhalten. Unsere moderne Demokratie existiert nur, wo ein starkes mit politischem Bewußtsein erfülltes Proletariat dahinter steht. Wo das nicht der Fall ist, geht die Demokratie zugrunde. Denken Sie an den südamerikanischen Staat: famose Verfassung, alles demokratisch in Ordnung, aber keine proletarische Organisation. Cliquenwirtschaft, militärische Wirtschaft, kurz, eine völlige Verlotterung. In Italien ist Mussolini zur Macht gelangt, weil das italienische Proletariat nicht gewußt hat, welches Gut die Freiheit und die Demokratie ist. Daselbe gilt noch viel mehr für den Osten. Die deprimierendsten Stunden in meinem Parteileben waren der Kampf, den ich in der unabhängigen Sozialdemokratie gegen die Anhänger der 21 Punkte führen mußte. Gegen diese Genossen, die nicht verstanden, was sie preisgaben, was sie mit jenen diktatorischen Erwägungen aufgaben, nicht nur für das Staatsleben, sondern sogar für die eigene Partei. Seitdem haben wir erfahren, was für ein Unglück der Bolschewismus gewesen ist. Ueber die Frage, ob der Bolschewismus revolutionär oder reaktionär gewirkt hat, wird später einmal die Geschichte zu urteilen haben. Für uns in Mitteleuropa ist es jedenfalls ein großes Unglück, daß der Sieg des Bolschewismus vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam. Wenn wir damals an der Demokratie festgehalten hätten, hätten wir sehr viel stärker für den Aufstieg der Arbeiterklasse kämpfen und hätten viel größere Erfolge erreichen können, als jetzt, wo ein Teil der Arbeiterklasse gegen die eigene Front gekämpft hat, in Verkennung der politischen Rechte. Die Illusionen, die heute zerstört werden müssen, sind die antidemokratischen Illusionen. — Wenn der akute Kampf gegen die Republik heute nicht mehr so gefährlich ist, so folgt gerade daraus, daß, da diese Gegensätze um die Staatsform im bürgerlichen Lager zurückgetreten sind, mit der viel größeren Gefahr zu rechnen ist, daß die gesamte Reaktion in Deutschland sich vereinigt im Kampfe gegen die Demokratie für den Faschismus. Das ist eine Gefahr nicht nur für die Republik, sondern für den wirklichen Inhalt der Demokratie, ja der Umfang der Gefahr ist sogar dadurch um so größer geworden, daß die Deutschnationalen ihr monarchisches Prinzip auf zwei Jahre eingeholt haben. Also der Kampf um Republik oder Monarchie ist ersetzt worden durch den Kampf um den Faschismus, und wir würden den schlimmsten Fehler begehen, wenn wir dem Proletariat sagen würden: Darum habt ihr euch weniger zu kümmern, jetzt kommen nur die materiellen Interessen in Betracht. Diese Entwicklung zeigt auch die Gefahr, die die neue Reichsregierung bedeutet. Das Zentrum ist sehr stolz, daß die Deutschnationalen die Richtlinien angenommen und für das Republikenschutze gestimmt haben. Vom Standpunkt der Republikaner aus sind das gewisse politische Erfolge, aber dieser Sieg ist trügerisch, denn es geht den Deutschnationalen vielmehr um die Wiedererlangung ihrer sozialen Herrschaft über das deutsche Volk. Wir müssen gerade die Zentrumsarbeiter über diese Täuschung aufklären. Es besteht die Gefahr, daß der schwarzblaue Bloß der Vorkriegszeit sich unter Umständen für länger festsetzt und eine zeitweise Täuschung des Zentrums manifestiert wird, die im sogenannten Kulturkampf liegt. Die Forderung des Einheitsstaates ist

eine unserer wichtigsten Forderungen. Könnten wir den Eintritt in eine Koalition ablehnen, die Reichseinheit schaffen will, mit der Begründung des Kampfes gegen den Kapitalismus? Sie sehen, mit solchen Formeln ist in vielen politischen Situationen gar nichts anzufangen. Als weitere Schlussfolgerung ergibt sich, daß in dem Maße, wie die Wirtschaft zunehmend dem Einfluß des Staates unterliegt, das Interesse der Arbeiterschaft an kommunalen und Länderverwaltungen immer mehr zunimmt. Die Länderverwaltungen sind keine Staatshoheitsverwaltungen. Die Gründe, die man gegen die Koalition im Reich anführt, treffen auf die Teilnahme an den Verwaltungen nicht zu. Das hat Dittmann schon 1921 in der „Freiheit“ ausgeführt. Ich halte es deshalb auch für verfehlt, bei der Bildung der Länderregierungen Bedingungen für die Reichspolitik zu stellen. Wie wir in alle Magistrats hinein gehen auch ohne Mehrheit, so müssen wir auch in die Länderregierungen von Thüringen und Sachsen hinein. Preußen ist eine starke Feste im Lager der Republik und unsere Aufgabe muß es sein, diese Feste der Republik für den Sozialismus zu erobern. Wenn wir erklären, grundsätzlich nicht mitzuregieren, erzwingen wir eine Regierung gegen die Sozialdemokratie. Dann entlasten wir das Zentrum von jeder Verantwortung und machen die Deutschnationalen für absehbare Zeit zu unentbehrlichen Teilhabern der Regierung. Wie können wir die Bürgerblockregierung im Lande noch bekämpfen, wenn wir hinzusehen müssen, daß sie im Amte bleiben muß? Wir müssen von dem verhängnisvollen Formalkram endlich loskommen! Früher, als wir noch keine politische Verantwortung und keinen Einfluß hatten, kam es auf die Parteitagresolution nicht so genau an. Heute müssen wir Politik machen, heute ist die Sozialdemokratie ein unentbehrlicher Bestandteil des Staates; da dürfen wir nicht erklären, daß wir unter keinen Umständen die Verantwortung übernehmen und damit das Spiel unserer Gegner spielen. Wir haben keinen prinzipiellen Gegner der Koalition mehr in der Partei. Ist die Koalitionsfrage aber eine Frage der Taktik, dann müssen auch alle die freiheitliche Beweglichkeit der Taktik respektieren. Ich komme zum Ergebnis: oberste Aufgabe der Partei bleibt die Parole des kommunistischen Manifestes, die Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren. Wir müssen den Zustand überwinden, der nach dem Kriege noch schlimmer geworden ist, daß hunderttausende Proletarier nicht in unserem Lager sind. Die arbeitserndlichste Partei aller europäischen Großstaaten, die Deutschnationale Volkspartei, ist in zahlreichen Großstädten die stärkste bürgerliche Partei, weil tausende Proletarier infolge der geistigen Verwirrung des Krieges und der Inflation für sie gestimmt haben. Die entscheidende Stellung des Zentrums ist nur möglich als Folge der konfessionellen Zerklüftung der Gewerkschaften. Dabei muß die soziale Bestimmung und das soziale Ziel aller Arbeiter das gleiche sein, und diese Spaltung ist heute völlig unbegründet, wenn sie je notwendig war. Warum gibt es keine konfessionelle Spaltung im Reichsverband der deutschen Industrie? Wo ist der Unterschied zwischen dem protestantischen Unternehmer und dem Typen und Köhner? Solange der christliche Solidarismus die Unternehmer nicht veranlaßt, den Arbeitern entgegenzukommen, braucht man diesen Arbeitern nicht zu predigen. Wir müssen die ganze Arbeiterklasse als politische Partei konstituieren. Die ökonomische Entwicklung läuft immer mehr in der Richtung zum Sozialismus. Immer klarer wird das Problem vor die Arbeiterklasse gestellt, die Kreuzung von Staat und Wirtschaft zu vollziehen. Die Politik ist das unmittelbare Schicksal jeden einzelnen Arbeiters und seiner Familie geworden. Deshalb muß das Proletariat die Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus erobern. Wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel! Unsere Aussichten sind gut. Stehen wir treu zum sozialistischen Ideal, aber in aller tatsächlichen Beweglichkeit, so muß aus der Möglichkeit die Wirklichkeit werden.

*

Adolf Braun und Hermann Mollenbuhr. Der Rieker sozialdemokratische Parteitag hat die beiden Vorstandssekretäre Braun und Mollenbuhr in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Sie verbleiben aber weiter ehrenamtliche Beisitzer im Vorstand der SPD. Mit dem Genossen Adolf Braun verknüpft uns eine mehr denn 20jährige Arbeitsgemeinschaft und persönliche Freundschaft. Braun war einer der ersten Gewerkschaftstheoretiker Deutschlands. Er hat in früheren Jahren als eifriger Mitarbeiter unserer „Gewerkschaft“ eine Reihe von Aufsätzen über das Wesen der Betriebsorganisation unseres Verbandes usw. geschrieben, die später auch in einem Buch von ihm zusammengefaßt sind. Der alte Kämpfer hat auch sonst viele Verdienste um die weitere Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Theorien in Deutschland. — Auch Mollenbuhr hat jahrzehntelang die sozialpolitischen Probleme der deutschen Arbeiterbewegung nach Kräften gefördert. Er war auf Gewerkschaftstongressen häufig Referent über diese Fragen. Wir wünschen den beiden Arbeiterführern einen gesunden Lebensabend.

◆ Betriebsräte ◆

Die Landwirtschaftliche Hochschule fällt unter das BRG und ist zur Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes die Zustimmung des Betriebsrats notwendig. Der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in B. kündigte das Betriebsratsmitglied K., angeblich, weil keine Mittel mehr vorhanden wären. Der Betriebsrat hatte seine Zustimmung zur Kündigung nicht gegeben. Vor dem Gewerbegericht machte der Rektor geltend, daß 1. das Gewerbegericht nicht zuständig sei, 2. die Hochschule nicht den Bestimmungen über die Bildung eines Betriebsrates unterliege, 3. er nicht von der Betriebs-

ratswahl benachrichtigt gewesen sei, 4. der Kläger nicht als Mitglied des Betriebsrats gewählt werden könne, da er unständiger Arbeiter ist. — Das Gewerbegericht als Arbeitsgericht erkannte wie folgt:

„Die Kündigung des Arbeiters Johann R. ist zu Unrecht erfolgt.“

In der Begründung heißt es zu 1. Es ist davon auszugehen, daß Fälle des § 96 und Fortsetzung des Betriebsrätegesetzes ebenfalls durch die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923, soweit es sich um Einzelstreitigkeiten handelt, dem Gewerbegericht als Arbeitsgericht überwiesen sind. (Vergleiche Kommentar zur Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 von Wölbling und Dr. Riefe, Seite 94.) — 2. Auch ist für die Beklagte als „landwirtschaftlicher Betrieb“ das Arbeitsgericht zuständig. Die nach Artikel 2 der Schlichtungsordnung dem Gewerbegericht überwiesenen Streitigkeiten betreffen das Dienstverhältnis aller Art. (Vergleiche Kommentar von Wölbling und Dr. Riefe zur Verordnung zur Ausführung der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 10. Dezember 1923, Anmerkung 2 zu § 1.) — 3. und 4. R. ist etwa zwei Jahre bei der Beklagten beschäftigt. Die Wahl des Betriebsrates ist der Beklagten durch Schreiben vom 20. August 1926 mitgeteilt worden. Dieses Schreiben ist gerichtet an die Landwirtschaftliche Hochschule B. Sache der Beklagten war es, das Schreiben an die richtige Stelle bzw. Person weiterzuleiten. Wenn Mängel bei der Wahl zum Betriebsrat vorgekommen sein sollten, so sind dieselben durch Nichtanfechtung der Wahl geheilt. Den gleichen Rechtsstandpunkt nimmt Flatorf in seinem Kommentar zur Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz, Anmerkung zu § 18 an, ebenso der Kommentar von Feig/Sizler, Anmerkung 1 B. D. Es war daher davon auszugehen, daß für die Kündigung des R. § 96 des Betriebsrätegesetzes Anwendung findet. — 5. Nach § 96 BGG. ist zur Kündigung eines Mitgliedes einer Betriebsvertretung die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich, wenn keine anderen der im § 96 vorgesehenen Sonderfälle vorliegen. Ein solcher Sonderfall liegt nicht vor. Ein gültiger Beschluß verlangt nach § 32 BGG. die Einladung aller Mitglieder unter Mitteilung des Beratungsgegenstandes und die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Betriebsratsmitglieder. Eine Einladung der Betriebsvertretung ist seitens des Arbeitgebers nicht erfolgt im vorliegenden Falle und ist daher die Kündigung des Betriebsratsmitgliedes R. unzulässig. — Es war daher wie gesehen zu erkennen. (Urteil des Gewerbegerichts Bonn vom 28. März 1927. Pr.-R. Nr. 106/27.)

◆ Theaterarbeiter ◆

München. Am 26. März überreichte unser Verband den Direktionen der Münchner Privattheater die Gehaltsforderungen für das technische und Abendpersonal. Einer alten Uebung entsprechend, wurden die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß geführt. Bei dem äußersten Angebot der Direktionen, eine Erhöhung von 2½ Proz. ab 1. April 1927 und einem weiteren Prozent ab 1. Oktober 1927 gewähren zu wollen, war es selbstverständlich, daß sie scheitern mußten. Ein einstimmig gefällter Schiedspruch sah eine Erhöhung der Bezüge von 5 Proz. ab 1. April 1927 und weitere 3 Proz. ab 1. Oktober 1927 vor. Wegen der unzureichenden Erhöhung lehnte das Personal den Schiedspruch ab. Die Theaterdirektionen nahmen ihn an. Die Verbandsleitung machte die Theaterdirektionen unter Hinweis auf die erfolgte Arbeitsniederlegung von 1925 auf den Ernst der Situation aufmerksam und schlug zur Beilegung der Differenzen neuerliche Verhandlungen vor. Die Direktionen erklärten zunächst, daß freie Verhandlungen nur dann für sie in Frage kommen, wenn sich die Forderungen des Personals unter den gefällten Schiedspruch bewegen. Diese Zumutung lehnte unser Verband selbstverständlich ab. Nach mehrstündigen Verhandlungen, bei der in aller Form und Offenheit über die Folgen, die ein Streik für beide Teile nach sich ziehen wird, gesprochen wurde, schlossen die Parteien einen Präliminarfrieden, den wir, weil nicht alltäglich, im Wortlaut hier folgen lassen:

Vereinbarung. Zwischen den Theaterdirektionen „Münchener Kammerspiele im Schauspielhaus“, Gärtnerplatztheater und Volkstheater, einerseits und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, andererseits:

1. Ab 1. Mai bis zum Tage, an dem der Landeschlichter über die Frage der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses entscheidet, erfolgt die Lohnauszahlung auf Grund der Sätze des Schiedspruchs.
2. Die Verpflichtung 1 gilt nur, solange die Verpflichtung vom 4. Mai 1927 erfüllt wird.
3. Die Lohnauszahlung für die Zeit vom 1. April bis 1. Mai 1927, wie sie der Schiedspruch vorsieht, erfolgt, sobald der Schiedspruch verbindlich erklärt ist oder im Wege der freien Vereinbarung eine endgültige Einigung erzielt ist.

München, den 4. Mai 1927.

Unterschriften.

Die rechtsverbindliche Verpflichtung wurde beiderseits reiflos erfüllt und am 13. Mai 1927 fanden Verhandlungen vor dem Landeschlichter statt. Da beide Parteien von dem ernststen Willen der Verständigung besetzt waren, kam eine freie Vereinbarung zustande, die in ihrer Auswirkung für alle Gruppen über dem Schiedspruch lag und für einzelne Gruppen eine weitere Erhöhung von 3 bis 11 Proz. brachte. Damit ist der Wirtschaftsfrieden in den Münchener Privattheatern wieder hergestellt, den wir zu stören ohn-

zwingende Notwendigkeit im Interesse der Erhaltung dieser Kulturinstitute keine Veranlassung haben. Wenn die Theaterarbeiter nicht zu 98 Proz. im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert wären, würde es uns wohl nicht gelungen sein, diesen Abschluß zustande zu bringen. Dieser neuerliche Beweis, was durch Geschlossenheit erreicht werden kann, muß der Kollegenchaft Ansporn sein, die fehlenden 2 Proz. für unseren Verband zu gewinnen.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

München. Die Ortsverwaltung unseres Verbandes hatte gemeinsam mit dem Verkehrsband am 19. Mai 1927 die Gemeindegewerkschaft Münchens im großen Saale des Markt-Häuser-Bräus zusammengerufen. Die Versammlung war überfüllt. Kollege Erhart erstattete den Bericht über die Lohnverhandlungen. Unter Hinweis auf die bereits vorausgegangene Berichterstattung in der Versammlung im Thomasbräu und im Kolosseum brachte er die wesentlichsten Gesichtspunkte des Scheiterns der ersten Verhandlungen mit dem Landesarbeitgeberverband vom 29. März und vom 11. April 1927 vor der Bezirkschiedsstelle in Erinnerung. Seiner erstmals eingenommenen ablehnenden Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen treubleibend, lehnte der Landesarbeitgeberverband den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle, der eine Stundenlohnerrhöhung für alle Orts- und Lohnklassen von 5 Pf. ab 1. April 1927 und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober vorsah, ab. Der Zentralausschuß in Berlin, der sich in den letzten Jahren zu einem wohlfeilen Instrument des Reichsarbeitgeberverbandes ausgewachsen hat, trug dem Einspruch des L.A. dahin Rechnung, daß er den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle aufhob und einen neuen fällte, der eine Verschlechterung um 3 Pf. brachte. Die telegraphisch zusammenberufene Landestarifkommission der Arbeitnehmer, die den erstgefallten Schiedspruch angenommen hatte, lehnte den Schiedspruch des Zentralausschusses, der von der Arbeiterschaft als eine glatte Provokation empfunden werden mußte, einstimmig ab. Die Landestarifkommission beschloß die sofortige Einleitung einer Urabstimmung sowie die gleichzeitige Anrufung des Landeschlichters. Ueber die dann unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landeschlichters Kurth geführten Verhandlungen mit dem L.A. im Münchener Rathaus berichtete Kollege Erhart, daß der L.A. ungeheure Schwierigkeiten bereite. Trotz dieses mangelnden Verständigungswillens gelang es folgende Vereinbarung herbeizuführen: Die Gemeindegewerkschaften in der S-Klasse erhalten eine Stundenlohnerrhöhung um 5 Pf. ab 1. April 1927 und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober 1927, Ortsklasse I um 4 Pf. ab 1. April und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober 1927, Ortsklasse II um 4 Pf. ab 1. April und weiteren 1 Pf. ab 1. Oktober 1927, Ortsklasse III um 3 Pf. ab 1. April und weiteren 1 Pf. ab 1. Oktober 1927. Die Gemeindegewerkschaften, die in der Ortsklasse III einen Ortszuschlag haben, erhalten ebenfalls ab 1. April 4 Pf. und ab 1. Oktober 1927 1 Pf. Stundenlohnerrhöhung. Die L.A. hat erst nach einer vorausgegangenen scharfen Ausprüche, die auf das Zurückbleiben der Provinzstädte namentlich zurückzuführen war, gegen eine Stimme die Annahme der Vereinbarung beschlossen. — Der Versammlungsleiter, Kollege Manz, konnte bei der erfolgten Abstimmung die Annahme des Verhandlungsergebnisses gegen drei Stimmen feststellen.

◆ Rundschau ◆

Zwei Tote unseres Verbandes. Ganz unvermutet ereilte uns auf der Fachkonferenz in Goslar die Nachricht, daß unser Kollege Josef Sport, der bisherige Ortsangestellte von Bonn infolge einer Fleischvergiftung, die er sich in Dortmund zugezogen hatte, gestorben ist. Kollege Sport war ein sehr rühriger und tüchtiger Angestellter. Der B.-V. hatte ihn ausserleben, im Gau Brandenburg das Pflegepersonal besonders zu bearbeiten. Nun hat er den neuen Wirkungskreis nicht mehr einnehmen können. Sport war gelernter Buchdrucker. Er trat am 15. September 1919 in den Dienst unseres Verbandes. Besonders in der Zeit der ersten Rheinlandbesetzung hatte er schwer zu leiden, weil sein mutiges Eintreten für unsere Kollegen der Befehlshaberbehörde unangenehm war. Später traf ihn sogar die Ausweisung für längere Zeit. Er hat während dieser Zeit besonders im Wirtschaftsbezirk Magdeburg mitgearbeitet. Nun ist Kollege Sport herausgerissen aus seinem Wirken in seinem 48. Lebensjahre. — Kollege Albin Bergel war bei uns vom 1. April 1919 als Gauleiter in Düsseldorf tätig bis zum vorigen Jahr. Er mußte im Jahre 1925 von der Unterführungsvereinigung pensioniert werden, da er ein schweres Magen- und Leberleiden hatte. Vorher war Kollege Bergel seit 1. Januar 1906 Angestellter des Metallarbeiterverbandes gewesen. Kollege B. hat gleichfalls in der schweren Zeit der Ruhrbesetzung und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Inflation seine Kräfte im Dienste des Verbandes stark anspannen müssen. Er ist auch nur 50 Jahre alt geworden. Unsere Organisation wird das Andenken der Kollegen Sport und Bergel hoch in Ehren halten.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter M. A. N. T. E. R. Verantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin S. O. 33. Schleißer Str. 42.